

## **BSE - Die Krise als Chance für einen Neuanfang**

Die BSE-Krise und die nachfolgende Diskussion um illegale Verwendung von Tierarzneimitteln haben die Frage nach der Sicherheit der Lebensmittelerzeugung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Folge dieser Skandale ist eine tiefgreifende Verunsicherung sowohl der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch der Landwirtinnen und Landwirte.

Die KLJB Bayern sieht in der augenblicklichen Lage die Notwendigkeit, die Diskussion über BSE und die Gefahren für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu versachlichen.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Vertrauen in die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft verloren und bezweifeln, dass diese in der Lage und willens sind, sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel herzustellen. Vielmehr glauben viele Konsumentinnen und Konsumenten, dass die Ernährungswirtschaft bereit ist, für Gewinnsteigerung und Kostensenkung auch illegale und gefährliche Praktiken anzuwenden.

In der Landwirtschaft hat die BSE-Krise eine enorme Verunsicherung über die eigene betriebliche Zukunft hervorgerufen. Wirtschaftliche Probleme durch die zusammengebrochenen Märkte für Rindfleisch stellen die Rindermastbetriebe vor existentielle Probleme und bringen den Milchviehbetrieben gravierende Einkommenseinbußen. Zusätzlich führt die Angst, selbst von einem BSE-Fall getroffen zu werden, zu enormen psychischen Belastungen für Bäuerinnen und Bauern.

Die KLJB Bayern bekundet ihre Solidarität mit jenen Bäuerinnen und Bauern, deren Lebenswerk ohne eigenes Verschulden zerstört wurde oder gefährdet ist. Gleichzeitig fordert die KLJB, diejenigen, die fahrlässig oder vorsätzlich illegale Praktiken eingesetzt haben, zur Rechenschaft zu ziehen.

Die KLJB Bayern repräsentiert mit ihren mehr als 25.000 Mitgliedern einen Querschnitt der ländlichen Jugend. Die KLJB ist der einzige Jugendverband, in dem sich sowohl junge Bäuerinnen und Bauern als auch Nichtlandwirtinnen und Nichtlandwirte für den Erhalt und die Entwicklung des ländlichen Raumes engagieren. Aufgrund dieser unterschiedlichen Zielgruppen versucht die KLJB schon immer, die Interessen der Bäuerinnen und Bauern und die der Verbraucherinnen und Verbraucher in Einklang zu bringen und eine vermittelnde Rolle zu übernehmen. Die derzeitigen Diskussionen geben Anlass dazu, diese Aufgabe verstärkt anzugehen. Jetzt bieten sich Chancen, Veränderungen zu erreichen.

Die KLJB Bayern sieht die Notwendigkeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, und fordert Konsequenzen für die Agrarpolitik:

- eine Veränderung der Förderung der Landwirtschaft,
- die Neudefinition von Produktionsstandards für die Landwirtschaft und deren Überwachung
- sowie die Berücksichtigung der Anforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an eine verlässliche Produktqualität und transparente Erzeugung der Lebensmittel.

### **1. Neuordnung in der Agrarpolitik**

Die Diskussion um BSE und die Sicherheit der Lebensmittel haben die gegenwärtige Agrarpolitik in Europa nachhaltig in Frage gestellt. Um die multifunktionale Landwirtschaft in Europa zu erhalten, ist eine Umorientierung der Agrarpolitik und der Förderung der Landwirtschaft dringend notwendig. Das bisher praktizierte Modell, bei dem die Förderung der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe vorwiegend von deren Größe abhängt, kann dies nicht leisten. Bereits 1999 forderte die KLJB Bayern in einem Positionspapier ein neues Modell der Förderung der Landwirtschaft:

*„Um die europäische Landwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen in der Gesellschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu stabilisieren und um der Landwirtschaft eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten, ist deshalb weiterhin eine Unterstützung notwendig. Diese Förderung ist in Zukunft nicht mehr an der bewirtschafteten Fläche und der Zahl der gehaltenen Tiere zu orientieren, sondern an der Zahl der auf dem Betrieb dauernd beschäftigten Arbeitskräfte. Die bisherigen produkt- und faktorbezogenen Zahlungen werden durch eine arbeitskraft-bezogene Förderung abgelöst. Bemessungsgrundlage für die Förderung je Betrieb sind die vorhandenen oder die betriebsnotwendigen Arbeitskräfte. Für jede Arbeitskraft (Betriebsleiter, mitarbeitende Familienangehörige, sozialversicherungspflichtige Angestellte) erhält ein Betrieb einen festen Zuschusssatz. Voraussetzung für die Förderung ist die ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Betriebes. (Zeit für neue Lösungen – Agrarpolitik für das neue Jahrtausend, Positionspapier der KLJB Bayern, 1999)“*

Die ökologische Landwirtschaft setzt im Hinblick auf Produktionsstandards und deren Überwachung Maßstäbe für die gesamte Landwirtschaft. Darüber hinaus versuchen hier die Bäuerinnen und Bauern soweit wie möglich umweltschonend und tierschutzgerecht gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft und ihrer Marktbedeutung muss deswegen ein wichtiges Ziel aller agrar- und verbraucherpolitischen Maßnahmen sein. Neben einer staatlichen Förderung des Aufbaus von Vermarktungsstrukturen sind aber auch Anstrengungen der Anbauverbände und ihrer Vermarktungsorganisationen selbst notwendig, um ihren Marktanteil auszubauen.

Ökologische und gesundheitliche Standards für die landwirtschaftliche Produktion sind EU-weit zu vereinheitlichen und auch bei Importen aus Drittländern durchzusetzen. Hier müssen umgehend harte Standards für den Marktzugang von Produkten festgelegt werden, die sowohl die artgerechte Haltung und Fütterung als auch die Verarbeitung berücksichtigen. Langfristig sind die Produktionsstandards der konventionellen Landwirtschaft denen der ökologisch wirtschaftenden Betriebe anzunähern.

Um eine reelle Chance für die Neuordnung der Agrarpolitik zu erhalten, sind Sofortmaßnahmen zum Erhalt möglichst vieler Betriebe notwendig. Ansonsten wird durch den schon einsetzenden Strukturwandel eine unumkehrbare Tatsache geschaffen. Somit wäre die Existenz einer Vielzahl der - gerade für die Zukunft gewünschten - Betriebe gefährdet.

## **2. Zum Umgang mit BSE**

Die Reaktion auf die BSE-Fälle in der Öffentlichkeit sind vielfach mehr von Hysterie als von Sachlichkeit oder von Sachkunde geprägt. Um zu sachgerechten Lösungen kommen zu können, ist eine Versachlichung der Diskussion dringend notwendig. Hier stehen die Medien genauso in der Verantwortung wie die Verantwortlichen in Politik und Landwirtschaft.

- Da die Krankheitsursachen und die Übertragungswege nach wie vor weitgehend unbekannt sind, ist eine verstärkte Erforschung der Ursachen und der Ausbreitung notwendig.
- Die Medien sind aufgerufen, in der Berichterstattung bezüglich BSE neutral und sachlich zu informieren. Grundlegende Informationen über Landwirtschaft und eventuelle Gefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher sind objektiv darzustellen.
- Die KLJB Bayern fordert eine vertrauliche Behandlung von Verdachts- und Krankheitsfällen, um die Öffentlichkeit nicht zusätzlich zu verunsichern, die Betroffenen zu schützen und ihre wirtschaftliche Weiterexistenz zu ermöglichen.
- Wir fordern die Bekanntgabe der Futtermittelhersteller, die bei der Herstellung ihrer Produkte die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten haben.
- Viele wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen dafür, dass eine Teil-Keulung betroffener Bestände nach einem BSE-Fall sowohl den Interessen der Verbraucher an

unbelastetem Fleisch, als auch den Interessen der Landwirte an einer Weiterführung des Betriebes aber auch Tierschutzgesichtspunkten am besten gerecht wird. Die KLJB Bayern fordert deshalb, anhand des „Schweizer Modells“ Lösungen zu suchen, die eine Fortführung der wirtschaftlichen Nutzung so schnell wie möglich gestatten.

### **3. Produktqualität und Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher**

Die Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion hat entscheidenden Einfluss auf die Lebensmittelqualität. Nicht zweifelsfrei unbedenkliche Produktionsmethoden haben daher in der Land- und Ernährungswirtschaft, sowie in den vorgelagerten Wirtschaftsbereichen nichts verloren. Um den Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch den Landwirtinnen und Landwirten Transparenz über Inhalte und Herstellungsweisen der Produkte zu ermöglichen, ist eine unmissverständliche und offene Deklaration auf allen Handelsstufen notwendig.

- Um die aktuelle Krise der Landwirtschaft bewältigen zu können, braucht es eine offensive Diskussion über die Qualitätsstandards bei der Produktion und eine verstärkte Bewusstseinsbildung in der Landwirtschaft.
- Durch verstärkte Kontrollen bestehender Regelungen ist dafür zu sorgen, dass das Entdecken von Missständen nicht weiter Zufall bleibt und eine konsequente Sanktionierung bei Verstößen durchgesetzt werden kann. Um Grauzonen zu verhindern, ist die Neuregelung wichtiger gesetzlicher Grundlagen (Futtermittelrecht, ...) durchzusetzen.
- Produktionsstandards sollen zur Vertragsgrundlage bei Zulieferern und Abnehmern werden. Bei Verstößen sind die Verursacher für die Folgen haftbar zu machen.
- Schlachtmethoden sollen europaweit so umgestellt werden, dass Risikomaterial nicht mehr mit dem zum Verkauf weitergeführten Fleisch in Kontakt kommt.

### **4. Konsequenzen für Verbraucherinnen und Verbraucher**

Den Verbraucherinnen und Verbrauchern kommt in der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft eine zentrale Schlüsselrolle zu. Eine Umorientierung in der landwirtschaftlichen Erzeugung setzt vor allem eine Veränderung im Einkaufsverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher voraus. Angebot entwickelt sich nur, wenn auch eine entsprechende Nachfrage gegeben ist.

- Ein bewusster Konsum, bei dem Qualität und Herkunft der Lebensmittel wichtigere Kriterien sind als der Preis, wird auch ein entsprechendes Angebot zur Folge haben.
- Eine stärkere regionale Orientierung der Nachfrage ist ein Schlüssel zu einer verbesserten Transparenz und zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Lebensmittelerzeugung. Um diese Regionalisierung auch auf dem Markt umsetzen zu können, sind verstärkte Anstrengungen der Landwirtschaft, der Politik, des Handels und der Verbraucher- und Umweltschutzverbände für
  - ◆ den Aufbau von Marktstrukturen
  - ◆ die Bewusstseinsbildung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern
  - ◆ die Veränderung des Kaufverhaltens von Verbraucherinnen und Verbrauchern notwendig.

Mit diesen Positionen und Forderungen will die KLJB Bayern Schritte aus der aktuellen Krise aufzeigen und den seit langem überfälligen Neuanfang in Agrarpolitik und landwirtschaftlicher Produktion angehen.

**Einstimmig beschlossen vom Landesausschuss der KLJB Bayern am 17.02.01 in Nürnberg**